Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 20 050
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Franz Kerker (AfD)

vom 27. Juni 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Juni 2019)

zum Thema:
Städtepartnerschaften: Vom Kreuzberg ins Wilde Kurdistan.

und **Antwort** vom 02. Juli 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Juli 2019)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Franz Kerker (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/20050
vom 27. Juni 2019
über Städtepartnerschaften: Vom Kreuzberg ins Wilde Kurdistan.

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Im Juni 2019 wurde durch die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann eine Städtepartnerschaft zwischen der nordsyrischen Stadt Dêrik und Friedrichshain-Kreuzberg beurkundet.

„Am Anfang stand das Gefühl, dass man was tun muss für die Leute, die aus eigener Kraft in ihrer Region den IS besiegt haben und jetzt Tausende gefangene Islamisten mitversorgen müssen“, erklärte Günter Kleff, einer der Initiatoren.

Der Bezirksverordneten Elke Dangeleit (Die Linke) zufolge "sei es richtig, dass sich in Nordsyrien Kurd*innen und christliche Aramäer*innen zur Selbstverteidigung gegen al-Nusra und IS von der in Deutschland als Terrororganisation verbotenen PKK haben ausbilden lassen, das autonome nordsyrische System sei keineswegs mit der Kurdenpartei gleichzusetzen."

Sie räumt ein: „Zu Beginn hat es im Bezirksparlament und bei der Bürgermeisterin schon Bedenken gegeben, eine Partnerschaft in der autonomen Demokratischen Föderation Nordsyrien zu beschließen, weil die Verwaltung dort völkerrechtlich nicht anerkannt ist“. [Zitiert nach: Stefan Hunglinger: Praktische Solidarität mit Rojava. Kreuzberger Weltpolitik. TAZ online. 21.06.2019.]

Der Berliner Verfassungsschutzbericht 2018 enthält u.a. den folgenden Passus:

5.3.2 Kurdistansolidarität

"Die türkische Militäroffensive auf kurdische Autonomiegebiete in Nordsyrien führte zu breiten Solidaritätsbekundungen der Berliner linksextremistischen Szene. Aus ihrer Sicht standen bei der sogenannten Operation Olivenzweig nicht türkische Sicherheitsinteressen im Vordergrund, sondern die Absicht, Autonomiebestrebungen in Nordsyrien („Rojava“) und dem Nordirak einzugrenzen. Traditionell gibt es eine starke Affinität linksextremistischer Gruppierungen zum sogenannten kurdischen Befreiungskampf, der auf zwei Säulen basiert.

Zum einen steht die Region „Rojava“ stellvertretend für vielfältige „Emanzipationsbestrebungen“ im gesamten Nahen Osten gegen „koloniale Fremdbestimmung, Imperialismus und reaktionäre

Gegenbewegungen wie dem politisch geprägten Islam“. Dieser Kampf wird von Linksextremistinnen und Linksextremisten insofern als symbolisch betrachtet, weil der Aufbau einer „emanzipatorischen gesellschaftlichen Alternative“, deren Grundlagen Selbstorganisation, Basisdemokratie, Frauenemanzipation sowie die Überwindung ethnischer und konfessioneller Spaltungen seien, zeige, dass eine „andere Welt“ möglich sei. Er stelle somit für die weltweite Linke eine ernstzunehmende Option dar [..]

Zum anderen wird der militärische Kampf kurdischer Verbände gegen die Organisation „Islamischer Staat“ (IS) heroisiert als Befreiungs- und Stellvertreterkrieg gegen „faschistische Gegner“, als welche der IS ebenso wie Syrien (und die das Regime unterstützenden Staaten) sowie in diesem Kontext zuletzt insbesondere die Türkei angesehen werden."

1.) Welche Haltung vertritt das Auswärtige Amt zur Städtepartnerschaft zwischen Dêrik und Friedrichshain-Kreuzberg?

2.) Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Behandlung der kriegsgefangenen Kämpfer des IS durch die derzeitigen Machthaber in der sogenannten "Demokratischen Föderation Nordsyrien"?

3.) Die in Deutschland verbotene PKK ist eine hierarchisch organisierte Kaderpartei mit strikter Parteidisziplin, einem ausgeprägten Märtyrerkult sowie einem extremen Personenkult um ihren Führer Öcalan.
Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass der Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann anlässlich des Vertragszeremoniells eine Girlande mit Zitaten Abdullah Öcalans überreicht wurde, während das Mitführen von Porträts Öcalans auf Demonstrationen in Berlin verboten ist?

4.) Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass die "Demokratische Föderation Nordsyrien" minderjährige Mädchen militärisch an Waffen ausbildet?

5.) Stammen die dabei verwendeten Waffen aus Deutschland?

Zu 1. bis 5.:
Dem Senat liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Anfrage vor. Im Übrigen ist es nicht Aufgabe des Senats Handlungen und Aussagen von Bezirkspolitikerinnen und Bezirkspolitikern zu kommentieren.

Berlin, den 02. Juli 2019

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport